

Bericht der Asiatischen Menschenrechtskommission

Sri Lanka: Die Gründung einer Todesschwadron gegen Rechtsanwälte, die für die Menschenrechte eintreten, muss dringlich untersucht werden Dokumentation.

Rechtspfleger aller Gerichtshöfe, sowie mehrere Rechtsanwälte, die sich mit Vergehen gegen die Menschenrechte beschäftigen, erhielten kürzlich die folgende Ankündigung einer Gruppe namens "Mahason Balakaya" (Mahason Batallion). Die große Mehrzahl derer, die im Rahmen der Anti-Terrorismus-Gesetze angeklagt sind, sind Tamilen.

An alle, die heute die Terroristen vertreten

Die unschuldigen Einwohner unseres Vaterlands werden seit mehr als drei Jahrzehnten Opfer von terroristischen Mordorgien. Auch werdende Mütter und Farmer gehören zu den Opfern, werden von den Terroristen in Stücke zerhackt. Diese Terroristen organisieren nun Bombenanschläge, die die unschuldige Zivilbevölkerung in vielen Teilen des Landes töten soll. Und das alles, um der Niederlage durch die tapferen Streitkräfte zu entgehen.

Bis heute sind Tausende unschuldiger Menschen diesen terroristischen Bomben zum Opfer gefallen. Weitere Tausende wurden verletzt. Aber niemand setzte sich bisher für die Menschenrechte dieser unschuldigen Menschen ein.

Andererseits wissen wir, dass es zahlreiche Verräter gibt, die ihrer Besorgnis um die Menschenrechte der üblen Terroristen Ausdruck verleihen, und die ihnen dieses wahllose Töten erst ermöglichen.

Kann man diese Menschen, die sich um die Freilassung der Terroristen bemühen, nachdem man diese wegen ihrer Verbrechen gegen die Unschuldigen gefangengenommen und eingesperrt hat, anders bezeichnen denn als Verräter? Wir haben die Namen und Adressen dieser Verräter, die Gehälter in Höhe von Hunderttausenden und auch Bestechungsgelder dafür beziehen, dass sie für die Feinde unseres geliebten Vaterlandes und seiner unschuldigen Menschen eintreten.

Wir haben beschlossen, all denen, die versuchen, unser Vaterland zu spalten und all denen, die die Interessen der Terroristen vertreten, die unsere unschuldige Zivilbevölkerung töten, die verdiente Strafe zu erteilen. Noch ist Gelegenheit für diejenigen, die das Wohl der Nation, des Vaterlandes, für finanziellen Gewinn verkaufen wollen, von

ihren heimtückischen Taten abzulassen. Zukünftig wird all diejenigen, die die Interessen der Terroristen vertreten, das gleiche Schicksal ereilen, das die Terroristen unseren unschuldigen Menschen bescheren.

Landesverräter, Sprachrohre der Terroristen,

Gedenkt der Gesichter und Körper der Unschuldigen, die von den Terroristen getötet und verletzt wurden. Seid gewarnt: Euch im Namen des Vaterlands das gleiche Schicksal zuzuteilen, hieße, der gesamten Nation einen Dienst zu erweisen.

Das Mahason Bataillon, stellvertretend für die Interessen derer, die ihr Leben oder ihre Unversehrtheit durch den Terror verloren haben!

Diese Ankündigung kommt zu einem Zeitpunkt, wo in mehreren prominenten Verfahren Verdächtige ihre Anklagen unter Anti-Terrorismus- und Notstands-Gesetzen als grundlos anfechten. Gleichzeitig bearbeitet der Oberste Gerichtshof zahlreiche Fälle von Grundrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Abschiebung von Menschen aus Colombo und anderen singhalesischen Gebieten, sowie der willkürlichen Zwangsregistrierung von Tamilen, die aus Konfliktregionen in ruhigere Gebiete übersiedeln. Der oberste Gerichtshof hat in einigen Fällen gegen die Verletzung dieser Rechte interveniert.

Die Todesdrohungen könnten aus Kreisen kommen, die mit den Behörden in Verbindung stehen, die in den angebliehen Verstößen gegen die Anti-Terrorgesetze und sonstige willkürliche Verordnungen ermitteln. Da diese Maßnahmen ausnahmslos unter der Federführung des Verteidigungsministeriums stehen, muss dieses Ministerium im Zusammenhang mit solchen Ankündigungen zwangsläufig unter Verdacht stehen.

Die *Asian Human Rights Commission* (Asiatische Menschenrechtskommission) ist eine lokale Nicht-Regierungs-Organisation, die Menschenrechtsthemen in Asien vertritt und beobachtet. Die in Hong Kong beheimatete Gruppe wurde 1984 gegründet.

Auch als direkte Drohung gegen den obersten Gerichtshof kann man die Ankündigungen auslegen. Denn dieser hat in den vergangenen Monaten wiederholt gegen die Regierung entschieden, unter anderem in Fällen, wo es um den Schutz von Minderheiten ging. Wenn man Anwälte so einschüchtert, dass sie davor zurückschrecken, mit ihren Mandanten vor den obersten Gerichtshof zu ziehen, kann dieser bei willkürlichen Fällen von Rechtsberaubung unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit nicht mehr intervenieren.

In der Geschichte Sri Lankas gab es bereits zahlreiche solcher Todesschwadronen, besonders von 1986 bis 1990. Eine dieser Gruppen hinterließ unter dem Namen Black Cats Furcht und Schrecken. Die Zahl der Verschwundenen beläuft sich nach offiziellen Schätzungen auf ca. 30.000. Man weiß heutzutage, dass diese Todesschwadronen unter der Ägide der Sicherheitskräfte sowie der Polizei fungierten.

Es ist vermutlich kein Zufall, dass am 27. September ein Granatenangriff auf das Haus des Rechtsanwalt J.C. Weliamuna verübt wurde, der dafür bekannt ist, sich für Menschenrechte und gegen die Korruption einzusetzen. Wären

die beiden Granaten explodiert, die auf das Haus geworfen wurden, hätten ihnen Mr. Weliamuna und seine gesamte Familie zum Opfer fallen können. Trotz des Protests der Anwaltskammern wurde bisher niemand wegen dieses Angriffs festgenommen.

Es ist die Aufgabe der Regierung, gegen diejenigen vorzugehen, die unter dem Namen Mahason Balakaya derartige Todesdrohungen aussprechen. Die nötigen Untersuchungen wird es aber nicht geben, sollte die Regierung direkt oder indirekt mit dieser Initiative in Verbindung stehen. Nur durch den Nachdruck aller gesellschaftlichen Kräfte, darunter die Opposition, die Zivilgesellschaft und die internationale Gemeinschaft, kann diese Bedrohung aufgedeckt und ausgeschaltet werden.

Aus dem Englischen übersetzt von Elena Krüskemper

Endnote

Im Sinhala bedeutet *Maha Sona* "großer Friedhof", und das Wort *Mahason* bedeutet "der Geist, der den Tod bringt". Dem Volksmythos zufolge wird jeder sterben, wenn Mahason zuschlägt.

UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechte erforderlich

Stellungnahme der Asiatischen Menschenrechtskommission (Dokumentation)

Die Asiatische Menschenrechtskommission unterstützt vehement den Ruf nach einer UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechte mit dem Ziel, die stark beschädigte Fähigkeit der srilankischen Polizei zur Ermittlung von Straftaten wiederherzustellen.

Der Staat als Souverän hat die Pflicht, alle Verbrechen zu untersuchen, ganz gleich, ob sie von organisierten kriminellen Banden, von Terroristen oder sogar von staatlichen Behörden verübt werden. Diese Verpflichtung schließt die Notwendigkeit einer kompetenten und unparteiischen Strafermittlungsbehörde innerhalb des Polizeisystems ein, welche nicht durch Einmischung der Politik korrumpiert oder behindert wird. Es herrscht in Sri Lanka die einhellige Meinung, dass die Fähigkeit der Polizei bei der Ermittlung von Straftaten viele Jahre lang stark durch politische Einflussnahme gemindert und beschränkt wurde. Wenn es in den letzten Jahren zu organisierten Verbrechen, Terroranschlägen oder illegalen Taten von Militär und Polizei kam, hat die Polizei ihre Unfähigkeit zu effektiven Ermittlungen bewiesen.

Die Unfähigkeit, effektive Ermittlungen zu gewährleisten, ist ein grundsätzliches Versagen des Staates bei der Schaffung von Sicherheit für die Bevölkerung. Diese Situation muss sich umgehend ändern. Eine UN-Behörde zur Überwachung der Menschenrechte kann die Wiederbelebung dieses Systems unterstützen; ohne diese Unterstützung gibt es keinen absehbaren Weg, wie diese Wiederbelebung gelingen soll.

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte hat ihre Forderung nach der Überwachung von Menschenrechten in ihrer Rede an den Menschenrechtsrat vom 10. Dezember 2007 erneuert:

„Ich war sehr erfreut darüber, Sri Lanka vom 9. bis 12. Oktober auf Einladung des Präsidenten Rajapakse besuchen